

Eine Identitätsvernichtung schlechtesten Stils

Zu „Hoffnung der Enteigneten“ in Bezug auf das 1945 von Kommunisten im politischen Verfolgungswege eingesammelte Privateigentum (F.A.Z. vom 10. Oktober) Alles in allem und im großen Ganzen ist dieses Kind in den Brunnen gefallen, anders vulgär und politisch unkorrekt offen gesagt, hat der Rechtsstaat da einen großen Berg Leichen im Keller. Dass der noch einmal lebendig wird ist in diesem Land des ewig schauernden Rückblicks ganz ausgeschlossen und sollte die Parteien zur Vorsicht mahnen.

Allen Lehren aus NaziDeutschland zum Trotz wurde eine Minderheit politisch in die Ecke gestellt. So gut wie restlos im alten Kreis Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern mit dereinst 175 Gutsbesitzern kann man Rückkehrer an einer Hand abzählen. Das war Identitätsvernichtung schlechtesten Stils, hat dem Land nichts gegeben, sondern viel genommen

und das Rotwesen kräftig gefördert. Hier ausgekommen ist auch finanziell nichts. Die Verwerterin der Enteignungssubstanz, die BVVG sieht nach einer weiteren Dekade der Vermarktung (knapp die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche steht noch zur „Privatisierung“ aus, das kann zurückgegeben werden) nach eigenen Aussagen eine schwarze Null auf sich zukommen. Das frühere Ziel der damaligen Kohl-Administration, (auch) damit die Wiedervereinigung zu finanzieren, war ein Fehlschlag, summa summa rum die ganze Enteignerei war ein politisches Fiasko ohnegleichen.

Die nun machthabenden Parteien sollten sich und die Bauern in den jeweiligen Landstrichen jetzt fragen, ob der Bund oder der frühere Eigentümer der bessere Verpächter ist und warum wohl.

DR. GUNTER BRONSART VON SCHELLENDORF,
REIMERSHAGEN

Gedämpfte Hoffnung der Alteigentümer-Familien

Zum Artikel „Hoffnung der Enteigneten“ Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer haben sich zahllose Alteigentümer trotz Nichtrestitution ihrer ehemaligen Besitztümer erfolgreich in den neuen Bundesländern engagiert beziehungsweise angesiedelt – die allermeisten durch erheblichen Kapitaleinsatz. Dies zeigt, welche gewaltige Chance auf mittelständisch geprägte Investitionen vertan wurde, als man die Konfiskationen 1945 bis 1949 in der vereinigten Bundesrepublik rechtswidrig aufrecht erhielt.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung behauptete Bundeskanzler Helmut Kohl, die Sowjetunion habe die Nichtrückgabe der 1945 bis 1949 durch die sowjetische Besatzungsmacht konfiszierten Vermögenswerte zur Vorbedingung für die Gewährung der Deutschen Einheit gemacht. Schon vor Jahren hat der frühere sowjetische Präsident Gorbatschow dieser Behauptung widersprochen. Die Regierung Kohl wollte sich Vermögenswerte der Betroffenen aneignen, um damit einen Finanzierungsbeitrag für die Deutsche Einheit zu leisten.

Die Alteigentümer-Familien blicken jetzt mit einer Mischung aus Hoffnung

und Skepsis auf die neue Bundesregierung. Wird sie nach zwanzig Jahren tatsächlich eine politische Initiative auf den Weg bringen, die an der Enteignungssituation nachhaltig etwas ändert?

Es könnte ja noch etwas getan werden. Hunderttausende Hektar an Alteigentum in Staatsbesitz – vor allem Landwirtschaftsflächen – sind noch nicht privatisiert worden und könnten ohne Probleme restituiert werden, wohlgerne ohne Eingriff in das Eigentum derjenigen, die nach den Konfiskationen 1945 bis 1949 Flächen erhielten und diese bis heute ihr Eigentum nennen. Das würde gerade im ländlichen Raum zusätzlich dringend benötigte Impulse für nachhaltige Wirtschaft und Wachstum bringen.

Unabhängig davon, ob eine politische Initiative zum Erfolg führt oder nicht, sollte sich hoheitliche Energie zukünftig eher auf eine zügige Bearbeitung der Anträge auf Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsansprüche richten als auf die überflüssige Nachverfolgung der Einhaltung von teils grotesken Vertragsklauseln in den Verträgen zum Rückerwerb von Flächen.

DR. JASPER ZU PUTLITZ, BERLIN